

Die polnische Volksarmee und die Dezember-Unruhen

Autor(en): **Csizmas, Michael**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **46 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-704931>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die polnische Volksarmee und die Dezember-Unruhen

von Dr. Michael Csizmas, Bern

Die Unruhen in Danzig, Gdingen, Stettin, Zoppot und Stolp wurden im In- und Ausland als Zeichen für eine schwerwiegende Krise des Regimes angesehen. Ihre politischen und militärischen Folgen sind erheblich, auch wenn es der Regierung dank dem massiven Einsatz von Polizei und Truppen des Sicherheitsdienstes sowie der Armee gelungen ist, die Ruhe in den Ostseestädten wiederherzustellen. Die tragischen Erfahrungen von Prag bestärkten jedoch die Sorge, dass der Kreml unter Anwendung der Breschnew-Doktrin in Polen eingreifen könnte, sobald nach sowjetischer Ansicht die Sicherheit dieses wichtigen Vorfelds gefährdet wäre. Ausserdem herrscht ja das Gesetz der Achtung der gegenseitigen Interessensphären durch die beiden Atomgiganten: Der Westen würde bei einem sowjetischen Eingreifen in Polen ebenso tatenlos zusehen wie der bei Besetzung der Tschechoslowakei 1968. Die Vorgänge in Polen zeigten die Tiefe und fraglos unüberwindliche Krise des kommunistischen Systems — wie bei den Volksaufständen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und bei dem Einmarsch der fünf Warschauer-Pakt-Staaten 1968 in der CSSR —, das mit seinen eigenen inneren Widersprüchen nicht fertig wird.

Indessen entpuppen sich die polnischen Unruhen als ein höchst gefährlicher Präzedenzfall für die strategische Planung des Warschauer Paktes: Ein etabliertes kommunistisches Regime wurde innerhalb von Tagen durch einen Ausbruch des Volkszornes mit dem Aufbruchswegs friedlichen Mitteln gestürzt.

Der politische Umsturz erfolgte auf einem der strategisch wichtigsten Territorien im europäischen Imperium Russlands: Polen hat die Strategie der Sowjetunion eine zentrale Bedeutung. Es bildet die Verbindung zwischen Sowjetrussland und Ostdeutschland. Ohne Polen würde die UdSSR auch der DDR nicht die militärische Stütze zu geben vermögen, die sie braucht, um den deutschen Aufmarschraum der Roten Armee — im Sinne der sowjetischen Politik — zu verwalten. Denn aller Nachschub an Menschen, Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung und sonstigen Gütern muss sicher von Ost nach West auf Schiene und Strasse, auf dem Wasser- und dem Luftweg durch oder über Polen transportiert werden. Nicht nur diese Linien wurden in den letzten Jahren ausgebaut und verbessert, sondern auch die Erdölleitung, von der ein beträchtliches Teilstück vom weissrussischen Ural über das polnische Plock zum deutschen Schwedt an der Ostsee führt, ist vor kurzem fertiggestellt worden.

Das brennende Interesse der UdSSR an der Polnischen Volksrepublik ist allein schon aus dem Grunde verständlich, dass die 10 000 Mann starken sowjetischen Elitedivisionen, die in der DDR stationiert sind, beim Auftauchen der geringsten politischen Unsicherheiten in Polen — wie sie sich in den vergangenen 15 Jahren wiederholt haben — schon gefährdet sind und sich bei Kriegsausbruch in einer tödlichen Falle befinden.

Auch das Potential an Menschen, das Polen für das militärische Konzept Moskaus bereithält, hat ein wesentliches Gewicht auf der sowjetischen Waage. Bei einer Bevölkerung von 34 Millionen Menschen besitzt Polen mit 380 000 aktiven Soldaten und 2,6 Millionen ausgebildeten Reservisten nach der sowjetischen die grösste Armee im Osten. Der Kreml dürfte kaum geneigt sein, diese Armee, die ihm im Kriegsfall eventuell zur Verfügung stünde, gleichsam abzuschreiben.

Die polnische Regierung ist sich dieser Situation, aus der sie sich angesichts der sowjetischen Übermacht nicht befreien kann, durchaus bewusst gewesen. Selbst wenn Polen eine Neigung dazu verspürt hätte, mochte es gar nicht erst riskieren, auch nur geringsten Verdacht zu erwecken, aus dem Paktsystem der Sowjetunion ausbrechen zu wollen. Kein noch so geschicktes und geschmeidiges Taktieren kann das militärpolitische Interesse der UdSSR, das die politische Einstellung Warschaws diktiert, je erheblich reduzieren.

Das polnische Volk, das mit seiner Kultur und seinen traditionellen Sympathien seit jeher nach dem Westen ausgerichtet ist, wird daher politisch und militärisch vorläufig ein «Gefangener der UdSSR» bleiben.

Die Politik des jüngst gestürzten Parteichefs Gomulka trug diesem Umstand Rechnung. Gomulka selbst hatte um die Jahreswende

1958/59 den Plan für die Schaffung einer lockeren Föderation Polens, der CSSR und Ostdeutschlands entworfen. Im Laufe der folgenden Jahre wurde dieser Plan, der zu den bestgehüteten Staatsgeheimnissen Polens gehörte, zum Eckpfeiler der polnischen Politik. Es kam zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit, und auch die Kooperation der Nachrichtendienste besserte sich zusehends. Angesichts des Konflikts mit China waren die Sowjets gezwungen, zwischen den Satelliten, die sie um jeden Preis unter Kontrolle halten wollen, und jenen, die strategisch weniger wichtig sind, zu unterscheiden. Und vom strategischen Gesichtspunkt aus sind Polen, die DDR und die CSSR die Eckpfeiler des Warschauer Paktes. Das Dreieckssystem — der harte Kern des Warschauer Vertrages und die I. Strategische Staffel der Vereinten Streitkräfte — hatte es ihnen erlaubt, ihre wichtigsten Satelliten in Reih und Glied zu halten. Damit Polen die ihm von Moskau zugeordnete Rolle auch spielen könne, trafen die Sowjets in diesem Land Massnahmen, die selbst für kommunistische Begriffe ungewöhnlich erscheinen. Im zweitgrössten Land Osteuropas wurde **die radikalste Lösung für militärische Kontrolle** angestrebt, die wahrscheinlich in der Geschichte ihresgleichen sucht. «Auf Wunsch der polnischen Regierung» wurde 1949 Sowjetmarschall Konstantin Rokossowski zum Verteidigungsminister Polens ernannt. Zugleich wurden sämtliche Führungsstellen mit sowjetischen Offizieren in polnischer Uniform besetzt. Während des «polnischen Oktobers» 1956 kehrten etwa 5000 Sowjets, an ihrer Spitze Marschall Rokossowski und die Generäle Poplawski und Korczyk, in die UdSSR zurück. Rokossowski wurde sofort wieder stellvertretender sowjetischer Verteidigungsminister. Zu Beginn der sechziger Jahre holte Gomulka einige sowjetische Generäle zurück und gab ihnen Schlüsselpositionen. Abgesehen davon, dass sämtliche polnischen Generäle und die meisten Generalstabsoffiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet wurden, ist der stellvertretende Verteidigungsminister und Chef der Polihauptverwaltung der polnischen Volksarmee Urbanowicz russischer Herkunft. Dasselbe trifft auf den Generalwaffenmeister, den Befehlshaber der polnischen Raketeneinheiten und zahlreiche andere Generäle und Admirale zu.

Trotz der vollkommenen sowjetischen Kontrolle über die polnische Volksarmee zeigten diese Streitkräfte etliche Zeichen der inneren Unsicherheit und mussten daher mehrere Säuberungen über sich ergehen lassen, auch in jüngster Vergangenheit.

Die erste grosse Säuberung unter Gomulka fand nach dem XXII. Parteitag der KPdSU statt. Die Situation wurde dadurch nicht viel besser, zumal während des Alarmzustandes anlässlich der Kubakrise, als zahlreiche Rekruten flohen und über den Rundfunk unter Zusicherung der Straffreiheit aufgefordert wurden, in die Kasernen zurückzukehren. Auch die Frage der Massenmorde von Katyn wurde im Offizierskorps laut, und vor dem sowjetischen Konsulat in Stettin randalierten angetrunkene Marinesoldaten. Ein weiterer Grund, warum **die polnische Volksarmee ein Sorgenkind** blieb, ist der in ihr seit Jahren ausgetragene Kampf von «Partisanen» (Nationalkommunisten) und Russen (von den Polen «Popen» genannt). Die «Partisanen» haben grosse Teile des jüngeren Offizierskorps hinter sich, während sich Gierek, wie vor ihm Gomulka, auf die «Popen» stützt.

Unmittelbar nach dem Ausbruch des Nahostkonfliktes ist die polnische Armee wieder von einem Aderlass betroffen worden. Schon nach der Flucht von Oberst Tykocinski, dem Chef der polnischen Militärmission in Berlin, wurden 450 Offiziere jüdischer Herkunft entfernt, und jetzt wurden die letzten zwei Generäle jüdischer Herkunft, acht nichtjüdischer Herkunft und etwa 150 weitere Offiziere aus der Armee entlassen. In dieser nahm der Einfluss der «Partisanen» ständig zu. Gomulka ernannte deshalb im Jahre 1965 Divisionsgeneral Grzegorz Korczynski (richtiger Name: Stefan Kilianowicz), den Führer der «Partisanen»-Fronde in der Armee, zum stellvertretenden Verteidigungsminister; die Sicherheitsdienststruppen (Grenztruppen, Korps für innere Sicherheit), die bisher dem Befehl des Innenministers Mieczyslaw Moczar (richtiger Name: Nikolaj Demkow) unterstanden, wurden dem Verteidigungsministerium unterstellt. In der Person von

General Tuczapski fand 1968 auch ein weiterer «Partisan» einen hohen Posten. Der Generalstabschef der polnischen Volksarmee, Boleslaw Chocha, gehört keiner Gruppe an.

An der kommunistischen Einstellung des polnischen Offizierskorps braucht man indessen nicht zu zweifeln. Aber ebenso sicher ist, dass die Offiziere mit der Art und Weise, wie der Kreml ihr Land eine Satellitenrolle spielen lässt, nicht einverstanden sind. Deshalb verärgerte Marschall Jakubowskis Ernennung zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages das Offizierskorps entsprechend. Die nationale Einstellung des Polen wird aber nicht nur von den «Partisanen» in der Armee tatkräftig gefördert, auch die grösste geistige Macht in Polen, die katholische Kirche, ist seit eh und je national eingestellt gewesen. Versuche, den Einfluss der Kirche u. a. in der Armee zu beseitigen, sind bisher gescheitert. Das polnische Offizierskorps sieht sehr darauf, dass jedes Mitglied den Eindruck eines ebenso linientreuen wie national denkenden Polen macht.

Die polnische Volksarmee wurde bei den Unruhen im Dezember 1970 zusammen mit den Sicherheits- und Grenztruppen alarmiert. Laut Berichten, die sich auf zuverlässige Quellen berufen, kam es wegen der **Ertelung des Schiessbefehls** zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Verteidigungsminister Waffengeneral Wojciech Jaruzelski und seinem Stellvertreter Korczyński, dem als Chef der Territorialen Verteidigung die Sicherheitstruppen unterstehen. Korczyński habe den Truppen des Sicherheitsdienstes Schiessbefehl gegen die Bevölkerung der Ostseestädte gegeben, worauf Jaruzelski als Verteidigungsminister mit dem Rücktritt gedroht und Gomulka den Gehorsam verweigert habe. Des weiteren habe es Jaruzelski abgelehnt, den nunmehrigen Parteichef Gierek verhaften zu lassen. Statt dessen hätten seine Soldaten am 18. Dezember 1970 Gomulka und seine Anhänger vorübergehend inhaftiert. Polens neuer Parteichef Gierek habe daraufhin den 48jährigen General zum Kandidaten des Politbüros ernannt. Der Verteidigungsminister, Spross einer Adelsfamilie und Absolvent der Generalstabsakademie, gilt als hervorragender Fachmann. Er hatte somit beim Machtwechsel in Warschau eine entscheidende Rolle gespielt.

Nach den ersten Demonstrationen am Montag, 14. Dezember 1970, gegen die Preis- und Arbeitsnormenerhöhungen wurden von den bewaffneten Kräften die von den Unruhen am meisten betroffenen Städte so gut wie möglich abgeriegelt. Den zivilen Flugverkehr in diesem Gebiet hat man unterbrochen. Die Flugzeuge, die diese Städte zu dieser Zeit anfliegen, wurden zum Hintransport von Sicherheitstruppen und zum Rücktransport von Verwundeten gebraucht. Schwedische Reisende aus Danzig, die am 17. Dezember mit der Autofähre von Swinemünde ins schwedische Ystad kamen, berichteten, sie seien unablässig Militärfahrzeugen und Panzern begegnet, die sich nach Danzig bewegten. Ein ungarischer Kameramann, der aus der DDR nach Schweden fuhr, berichtete am 19. Dezember im schwedischen Rundfunk über sowjetische Truppenbewegungen. Er habe bei Pasewalk rund 50 sowjetische Panzer in Richtung polnische Grenze fahren sehen.

Am Montag, 14. Dezember, setzten die Miliz- und Armeeeinheiten lediglich **Tränengas und Platzpatronen** gegen die Demonstranten ein und gaben Warnschüsse ab. Am Dienstagabend um 1800 Uhr beschloss man, Truppen der Armee nach Danzig zu holen. Tags darauf um 0400 Uhr zogen bereits Volksarmisten in Danzig ein. Panzer und Panzerinfanteristen bewachten die öffentlichen Gebäude und hielten sich in der Nähe der Werften auf, um sofort eingreifen zu können. Um 0800 Uhr bildete sich in der Danziger Werft eine Gruppe junger Menschen. Sie bewegte sich auf die Panzer zu, um die Reaktion der Soldaten auf das Verlassen des Werkhofs zu testen. Die Soldaten eröffneten das Feuer. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, elf verwundet. Um 1400 Uhr wurde in der Danziger Reparaturwerft ein Arbeiterkomitee gewählt. Es verlangte den Abzug der Truppen. In Gdingen besetzten Armeeeinheiten um 2000 Uhr desselben Tages die Werftanlagen. Am Donnerstag, 17. Dezember, um 0610 Uhr versuchten in Gdingen Werftarbeiter in das Werftgelände einzudringen. Die Panzerkanoniere eröffneten das Feuer. Bald wurde von vier Toten und

einigen Verwundeten gesprochen. Zehn Minuten später griff vom Gdingener Bahnhofplatz aus die Menge das Amtsgebäude der Staatsanwaltschaft an. Wiederum eröffneten die Soldaten das Feuer. Und um 0730 Uhr desselben Tages wurde vor dem Rathaus auf die Menge geschossen. Wieder gab es vier Tote.

Am Freitag, 18. Dezember, um 1500 Uhr marschierte die Volksarmee mit einigen Einheiten in Elbing ein. Im Stadtzentrum versammelten sich junge Leute. Auf sie **eröffneten Soldaten und Milizleute das Feuer**. Es gab einen Toten und drei Verletzte.

Der schwedische TV-Reporter Turnberg, der sich am Donnerstag, 17. Dezember, in Stettin aufgehalten hat, gab folgende dramatische Schilderung der Ereignisse: «Es geschah genau auf der Strasse vor dem brennenden Parteihauptquartier in Stettin. Panzer fuhren der Bevölkerung entgegen, um ihr einen Schrecken einzujagen. Die Menschen flohen, um nicht überfahren zu werden. Einer Mutter und ihrem Kind gelang es nicht, und ein heranrollender Panzer traf beide. Ein junger Soldat, der danebenstand und zusah, weinte.» Die Panzer waren nach Turnberg mit jungen Wehrpflichtigen besetzt gewesen. Sätze wie «Wir sind Arbeiter und keine Randalierer» oder «Wir fordern höhere Löhne und Meinungsfreiheit» seien auf die Panzer und auf Hauswände geschrieben worden. «Jugendliche fingen spontan an zu singen und kletterten auf die Panzer, um mit den Soldaten zu diskutieren. Dann begannen die Fensterscheiben im Parteihaus zu klirren...» Ähnlich ist es nach einem Bericht des dänischen Journalisten Andersen in Stolp zugegangen. Stolp habe sich aus einer friedlichen Stadt in «einen brodelnden Kessel aus Hass und Terror verwandelt». Die Unruhen hätten am Donnerstag um 1830 Uhr mit einer friedlichen Demonstration für die Arbeiter Danzigs begonnen. Sofort hätten aber starke Polizei- und Milizkräfte eingegriffen. Andersen schrieb, es sei ihm unmöglich, aufzuzählen, wie viele Male er gesehen habe, dass die Polizei auf die Menschen losfuhr, «die ich vorher gesehen hatte und von denen ich deshalb weiss, dass sie keinerlei provozierenden Handlungen begangen hatten.»

Das dänische Blatt «B. T.» veröffentlichte am 18. Dezember den Bericht seines Mitarbeiters Buch, der sich zunächst in Gdingen aufhielt, wo er am Mittwoch Zeuge der Unruhen war. Auf dem Bahnhofplatz musste er vor Schüssen in Deckung gehen. Polizei und Miliz waren **mit Panzern und gepanzerten Mannschaftswagen** aufgefahren und räumten den Platz mit scharfen Schüssen. «Einen Augenblick vorher», schrieb Buch, «war der Platz schwarz von Menschen gewesen, die den Soldaten im Takt Schmährufe entgegen schrien; von diesen Soldaten stammen manche aus Familien, die in den betroffenen Städten leben. Die Soldaten sassen in ihren Wagen, unbewegt von den Schmährufen, aber mit versteinerten Gesichtern. „Gestapo“, riefen die Leute — bis aus dem Lautsprecher ein Befehl kam. Die Soldaten tauchten in ihren Panzern unter, Motoren heulten auf, Menschen liefen, und dann fielen Schüsse...»

In Warschau sei es aus Protest gegen die drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Arbeitsnormen zu Bummelstreiks gekommen. Die paramilitärische Organisation ORMO soll mobilisiert worden und in mehreren Fabriken eingerückt sein. In all diesen Betrieben, so wollte man wissen, war die Lage überaus gespannt; unter ihnen waren auch die Autowerke FSO in Warschau. Auch aus Krakau, Posen und Kattowitz wurden Demonstrationen, Streiks und Bummelstreiks gemeldet.

Der Gebrauch von Schusswaffen durch die Sicherheitskräfte und die Volksarmisten kostete nach polnischen Angaben in Danzig 20 und in Stettin 50 Menschen das Leben. Westlichen Berichten zufolge liegt die Zahl der Opfer weit über 100. Allein in Danzig und in Gdingen gab es nach einer Darstellung der «Zycie Literackie» vom 21. Februar 1971 1164 Verletzte (564 Zivilpersonen, 480 Milizleute, 51 ORMO-Mitglieder und 60 Soldaten). Als «besonders tragisch» bezeichnete Politbüromitglied Kociolok die Ereignisse vom 17. Dezember in Gdingen.

Die erste offizielle Stellungnahme der polnischen Armeeführung zu den Ereignissen und zur Eröffnung des Feuers auf die unbewaffnete Bevölkerung erschien am 23. Dezember im Armeebblatt

«Zolnierz Wolnosci». Die Zeitung hob die Einheit zwischen Volk und Armee hervor und bezeichnete es als eine «schmerzhaft Angelegenheit», dass die Armee im Küstengebiet eingesetzt werden musste. Für die Unruhen machte das Blatt den Imperialismus und den «Feind» verantwortlich. In den nächsten Wochen begannen jedoch fieberhafte Beratungen bei der Armeeführung, um das Verhalten der Streitkräfte bei den Unruhen einer Prüfung zu unterziehen. Es wurde insbesondere bemängelt, dass die Volksarmisten nicht überall bereit waren, auf die Demonstranten zu schießen; manchenorts fraternisierten Soldaten mit den Arbeitern, und z. B. in Gdingen hätten sich die dort beliebten «Blauhützen» des Marinekorps am 17. Dezember auf die Seite der Protestierenden geschlagen. In Danzig wollten nach gewissen Berichten anfangs nur Milizoffiziere Schüsse abgeben, weil die Mannschaften sich weigerten, das Feuer zu eröffnen. Nicht wenige Soldaten feuerten nur in die Luft, um ja niemanden zu treffen.

Das politische Aktiv der Volksarmee tagte am 18. Januar 1971 in Anwesenheit von Verteidigungsminister Jaruzelski und General Moczar. Es war die erste wichtige Tagung der Armeespitze, die hinter verschlossenen Türen eine Bilanz über die Situation zu ziehen versuchte. Nach der Warschauer Konferenz begannen die Parteikonferenzen in allen Militärbezirken, die die «ideologische Geschlossenheit und die hohe Verteidigungsbereitschaft der polnischen Volksarmee im System des Warschauer Vertrages» demonstrieren wollen. An den Konferenzen sind stets führende Funktionäre zugegen. So sprachen an der Parteitagung des Militärbezirks «Pomorze» Ministerpräsident Jaroszewicz und im Militärbezirk «Slask» Parteichef Gierek. Er nannte als «das

grundlegende Gebot» der polnischen Politik die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die Waffenbrüderschaft mit ihrer «mächtigen Armee». Die weitere Festigung der Verteidigungsfähigkeit Volkspolens sei lebenswichtig. Das verstärkte Werben der Parteiführer für das Ansehen der Volksarmee ist verständlich, wenn man Berichte über die zivilen Parteiversammlungen liest. Dort wird nämlich oft die Meinung vertreten, dass die Erschiessung von Arbeitern durch Volksarmisten den Ruf der polnischen Streitkräfte befleckt hätte.

Inzwischen ist bekannt worden, dass auch die beiden sowjetischen Besatzungsdivisionen, die seit Kriegsende in Polen stationiert sind, beim Beginn der Unruhen sofort alarmiert wurden. Das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages ordnete ebenfalls Alarmbereitschaft an, und die Sowjetarmee setzte ihre Truppen im ehemaligen Ostpolen in Marschbereitschaft. Die Sowjetunion war nach rotchinesischen Meldungen bereit, einem eventuellen Steppenbrand wie in der CSSR rechtzeitig zuzukommen. Ein Eingreifen in Polen à la Prag hätte Moskau aber fraglos in eine viel schwierigere Lage gebracht. Den sowjetischen Militärs drängen sich nach dem politischen Erdbeben in Polen unvermeidlich einige nüchterne Überlegungen auf, wie sie solchen Machtkrisen in Osteuropa besser begegnen könnten. Derartige plötzlich entstehende Situationen können nämlich die sorgfältig und kostspielig aufgebaute Paktorganisation mehr in Mitleidenschaft ziehen als die Aktion eines vermeintlichen westlichen Feindes. Lenins Lehre wird von Marschall Jakubowski bestimmt nicht vergessen: «Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied.»



MENZI BAGGER MUCK 3000 EH, EM und M

- MUCK 3000 EH** Schwerer Typ mit hydraulisch verstellbarer Hangausrüstung für ein sicheres Arbeiten an Hängen bis 70 Prozent. HATZ-Motor 32 PS, Gewicht 4200 kg, Garantie zwei Jahre.
- MUCK 3000 EM** Schwerer Typ mit mechanisch verstellbarer Hangausrüstung für ein sicheres Arbeiten an Hängen bis 70 Prozent. HATZ-Motor 32 PS, Gewicht 3800 kg, Garantie zwei Jahre.
- MUCK 3000 M** Standard-Typ mit mechanisch verstellbarer Hangausrüstung für ein sicheres Arbeiten an Hängen bis 70 Prozent. HATZ-Motor 32 PS, Gewicht 3400 kg, Garantie zwei Jahre.

ERNST MENZI AG Maschinenfabrik 9443 Widnau SG Telefon (071) 72 26 26

Verkauf für die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Freiburg, Neuenburg, Bern, Solothurn, Basel-Landschaft, Basel-Stadt:

Ulrich Rohrer-Marti AG 3052 Zollikofen BE, Telefon (031) 57 11 57 1844 Villeneuve VD, Telefon (021) 60 22 22